

Die Monitoring-Berichte der Bundesregierung zur Energiewende

Michael Maximilian Sabel, Volker Kronenberg und Jürgen-Friedrich Hake

Die bundesdeutsche Energiewende wird vom Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“ begleitet. Dieses noch junge Instrument der Bundesregierung weckt wissenschaftliches Interesse. Interessant ist insbesondere die Frage, wie die Monitoring-Berichte der Bundesregierung von relevanten Akteuren im Politikfeld Energie wahrgenommen werden. Stellen sie eine nüchterne Bilanz oder eine Beschönigung der Energiewende dar? Der Artikel versucht, ein Licht auf diese Frage zu werfen.

„Die Energiewende ist die größte umwelt- und wirtschaftspolitische Herausforderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts“ [1]. Mit dieser Aussage verdeutlichte im Jahr 2013 der damalige Bundesminister Peter Altmaier die Bedeutung, die der Energiewende von politischen Entscheidungsträgern beigemessen wird [2]. In Anbetracht dieser Herausforderung erschien es der Bundesregierung 2011 notwendig, ein Instrument zu implementieren, mit dem die Energiewende in ihrer Breite und Tiefe erfasst werden kann und mit dem mögliche Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt werden sollen: Den Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“ [3].

Dieser Prozess besteht aus den jährlich erscheinenden Monitoring-Berichten, alle drei Jahre erscheinenden Fortschrittsberichten, die die Energiewende zusammenfassen und begutachten, und aus jeweils hierzu veröffentlichten Stellungnahmen einer aus vier Energiefachleuten bestehenden Expertenkommission, die die Berichte bewertet [4].

Von Interesse für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Monitoring sind wesentlich zwei Fragen: Zum einen, wie die Monitoring-Berichte und die sie begleitenden Stellungnahmen in der Öffentlichkeit und vor allem in der Energiebranche wahrgenommen werden. Zum anderen, ob und inwiefern die Berichte ggf. politisch motiviert sein könnten, d. h. inwiefern die Bundesregierung die Berichte nutzt, um sich selbst „ein gutes Zeugnis“ in der Energiepolitik auszustellen. Hierfür wird zunächst die Rezeption des Monitorings durch relevante Akteure des Politikfelds Energie nachgezeichnet, anschließend werden die Ergebnisse der Auswertung der Stellungnahmen der Expertenkommission erläutert und abschließend ein Fazit gezogen [5].



Sind die Monitoring-Berichte der Bundesregierung zur Energiewende eine nüchterne Bilanz oder sind sie beschönigend?
Foto: freshidea | Fotolia.com

Die Rezeption des Monitorings durch ausgewählte relevante Akteure

Im Rahmen einer Politikfeldanalyse wurden relevante Akteure im Politikfeld Energie identifiziert und mit der Methode der Dokumentenanalyse öffentlich zugängliche Äußerungen zum Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“ untersucht [6]. Ausgewählt wurden mittels analytischer Kriterien [7] Akteure aus den Bereichen Politik, Wirtschaftsverbände, Umweltschutz, Medien, Wissenschaft und Verbraucherschutz.

Die Analyse zeigt, dass ein Drittel der ausgewählten 15 Akteure von einer öffentlich wahrnehmbaren Kommentierung des Monitorings keinen Gebrauch machte. Während noch der erste Monitoring-Bericht (2012) von zwei Dritteln der untersuchten Akteure

in Form von Pressemitteilungen oder sonstigen Stellungnahmen rezipiert wurde, nahm das Interesse am zweiten Monitoring-Bericht (April 2014) schon rapide ab und schließlich vererbte die Aufmerksamkeit für den ersten Fortschrittsbericht (Dezember 2014) beinahe gänzlich – nur noch einer von 15 ausgewählten Akteuren befasste sich hiermit.

Zudem standen für die Mehrzahl der Akteure die Stellungnahmen der Expertenkommission im Mittelpunkt der Rezeption. Sie wurden häufiger zitiert als die Monitoring-Berichte, und bisweilen bildeten sie den einzigen Gegenstand von Pressemitteilungen und Stellungnahmen, während die Monitoring-Berichte teilweise mit keinem Wort erwähnt wurden.

Neben dem grundsätzlich geringen Interesse ist eine in Summe negativ akzentuierte

Rezeption des Monitorings festzustellen. Bspw. wurde der erste Monitoring-Bericht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung als „alter Hut“ [8] bezeichnet. Der Bund der Energieverbraucher befand, die positiven Wirkungen der Energiewende würden „in der Öffentlichkeit meist nicht so deutlich wahrgenommen, wie sie der Bericht benennt“, und warf der Bundesregierung damit implizit vor, den Fortschritt der Energiewende zu beschönigen [9].

Ein „wichtiges Instrument“ sieht hingegen der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft im Monitoring [10]. Was eine mögliche politische Motivation hinter dem Monitoring anbetrifft, so kann zusammengefasst werden, dass die untersuchten Akteure diesen Vorwurf nur vereinzelt artikulieren. Bündnis 90/Die Grünen etwa kommentieren das Monitoring mit den Worten „Eigenlob stinkt“ [11], TAZ und Handelsblatt merken an, dass die Expertenkommission den Fortschritt der Energiewende kritischer betrachte als die Bundesregierung [12].

Zu einer ähnlichen Einschätzung kommen auch Hans-Joachim Ziesing und Georg Erdmann, Mitglieder der Expertenkommission [13]. Tatsächlich wird demzufolge der Vorwurf der Bagatellisierung von Problemen oder der Beschönigung von Erfolgen bei der Energiewende durch die Bundesregierung vereinzelt erhoben. Die Vorwürfe bleiben aber zu wenig konkret und zu vereinzelt, um von einer belegbaren politischen Motivation sprechen zu können.

Die Stellungnahmen der Expertenkommission

Aus den Stellungnahmen der Expertenkommission lassen sich drei Kritikpunkte herausdestillieren: Zum ersten Monitoring-Bericht merken die Experten an, dass fragwürdige Messverfahren und eine andere Interpretation von Ergebnissen einige Aspekte der Energiewende in einem besseren Licht darstellen, als sie die Expertenkommission sieht [14]. Zum zweiten Monitoring-Bericht formulieren die Experten ihre Kritik deutlicher: Vor allem stoßen sich die Energie-Fachleute an der Formulierung „Die Energiewende kommt voran“ [15], denn diese Formulierung sei vor dem Hintergrund verfehler Ziele vor allem im Bereich der

Reduktion von Treibhausgasemissionen „durchaus diskussionswürdig“ [16].

Am deutlichsten wird die Expertengruppe jedoch in ihrer Stellungnahme zum ersten Fortschrittsbericht, der derzeit aktuellsten Publikation: Hier bemängelt sie, dass im Monitoring zwar exogene Ursachen für Zielverfehlungen (bspw. niedrige CO₂-Zertifikatpreise), nicht aber endogene Ursachen benannt werden (bspw. rückständiger Netzausbau [17], Ausstieg aus der Kernenergie [18]), obwohl nach dem Dafürhalten der Experten auch hier Gründe für Zielverfehlungen liegen können [19].

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Experten bei jedem Monitoring-Bericht eine – wenn auch nicht umfangreiche – Bagatellisierung von Problemen oder Beschönigung von Erfolgen feststellen, so dass aufgrund der Kritiken der Experten durchaus Indizien vorhanden sind, dass die Monitoring-Berichte politisch motiviert sind.

Rezeption und Motivation der Monitoring-Berichte

Was die Rezeption des Monitorings durch Akteure des Politikfelds Energie anbetrifft, kann man zusammenfassen, dass – erstens – die Anzahl an Akteuren allgemein gering ist, die die Monitoring-Berichte öffentlich rezipieren, dass – zweitens – das Interesse am Monitoring-Prozess von Bericht zu Bericht deutlich abnimmt und dass – drittens – eher die Stellungnahmen der Expertenkommission als die Monitoring-Berichte selbst im Mittelpunkt der Berichterstattung stehen.

Was die Auswertung der Stellungnahmen der Expertenkommission anbetrifft, lässt sich konstatieren, dass die Experten mehrmals den Vorwurf erheben, dass die Bundesregierung im Monitoring Sachverhalte anders interpretiert, Problem Diskussionen vermeidet und Zielverfehlungen bagatellisiert. Aufgrund dieser Resultate ist festzustellen:

■ Die Rezeption des Monitorings durch die untersuchten Akteure und ihr damit öffentlich bekundetes Interesse ist deshalb so gering, weil die Monitoring-Berichte „Energie der Zukunft“ jeweils Ergebnisse eines abgeschlossenen Prozesses darstellen, auf

den kein Einfluss mehr genommen werden kann.

■ Wenn Interesse am Monitoring besteht, dann mehr an den Stellungnahmen der Experten, weil deren Stellungnahmen explizit den Anspruch der Unabhängigkeit verfolgen, weil die Experten in ihren Gutachten Alternativen und Lösungsvorschläge diskutieren und somit in den Augen vieler Akteure offenbar ein objektiveres, kritischeres und offeneres Diskurselement darstellen als die Monitoring-Berichte der Bundesregierung.

■ Einige Indizien sprechen dafür, dass die Monitoring-Berichte der Bundesregierung zur Energiewende politisch motiviert sind. Dies ist insofern nicht bahnbrechend, weil es zum alltäglichen Geschäft einer Regierung gehört, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel zur Legitimation zu nutzen. Dennoch ist es wichtig, diesen Sachverhalt zu thematisieren, berührt er doch die Unabhängigkeit und Neutralität des Monitoring sowie sein Verhältnis zu anderen Daten, die im Rahmen der nationalen Energiestatistik erhoben werden.

Anmerkungen

[1] Altmaier, P.: Die Energiewende ist die größte umwelt- und wirtschaftspolitische Herausforderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Varwick, J. (Hrsg.): Energiewende, Politische Bildung 2/2013, Schwalbach, S. 7-24, hier: S. 7.

[2] Vgl. Heinrichs, H.; Pesch, T.; Hake, J.-F.; Martinsen, D.: Deutsches Energiekonzept versus Netzentwicklungsplan 2012, in: „et“ 63. Jg. (2013) Heft 6, S. 39-45.

[3] Vgl. Bundesregierung: Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“. Regierungsbeschluss vom 19.10.2011, abrufbar unter bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/M-0/monitoring-prozess-energie-der-zukunft,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf, zuletzt abgerufen am 13.6.2015; vgl. auch Bundesregierung: Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung. Berlin 2010.

[4] Vgl. BMWi/BMU: Erster Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“. Berlin 2012; vgl. BMWi: Zweiter Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“. Berlin 2014; vgl. BMWi: Die Energie der Zukunft, ein gutes Stück Arbeit – erster Fortschrittsbericht zur Energiewende. Berlin 2014.

[5] Der vorliegende Artikel beruht auf den Ergebnissen von zwei Abschlussarbeiten am Forschungszentrum Jülich, IEK-STE: Polliathy, T.: The first Monitoring-Reports Energie der Zukunft 2012 and 2013 of the German Government about the Progress of the Energiewende: Analysis and Comparison. Jülich 2014 und Sabel,

M.: Die Monitoring-Berichte der Bundesregierung zur Energiewende. Eine nüchterne Bilanzierung oder politisch motiviert? Jülich 2015.

[6] Für die politikwissenschaftliche Dokumentenanalyse vgl. Nawratil, U.; Schönhausen, P.: Die qualitative Inhaltsanalyse. Rekonstruktion der Kommunikationswirklichkeit. In: Wagner, H. (Hrsg.): Qualitative Methoden in der Kommunikationswissenschaft. Ein Lehr- und Studienbuch. Baden-Baden 2009, S. 333-346; vgl. Reh, W.: Quellen- und Dokumentenanalyse in der Politikfeldforschung: Wer steuert die Verkehrspolitik? In: Alemann, U. von (Hrsg.): Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriß für Studium und Forschung. Opladen 1995, S. 201-260.

[7] Vgl. hierzu Sohre, A.: Strategien in der Energie- und Klimapolitik. Bedingungen strategischer Steuerung der Energiewende in Deutschland und Großbritannien. Wiesbaden 2014; vgl. Brand, R.; Corbach, M.: Akteure der Energiepolitik. In: Reiche, D. (Hrsg.): Grundlagen der Energiepolitik. Bern 2005, S. 251-278.

[8] Altenbrockum, J. von: Gigawattbürger. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.12.2012, S. 1.

[9] Bund der Energieverbraucher e. V.: Energiewende: Was hat sie bisher gebracht, wo lahm sie? Stellungnahme vom 15.4.2014, abrufbar unter http://www.energieverbraucher.de/de/energiewende__1900/ContentDetail_14666/, zuletzt abgerufen am 13.6.2015.

[10] BDEW: Energiestatistikgesetz muss novelliert werden. Pressemitteilung vom 30.4.2013, abrufbar unter <https://www.bdew.de/internet.nsf/id/20130430->

pi-energiestatistikgesetz-muss-novelliert-werden-de?open&ccm=900010020010, zuletzt abgerufen am 11.6.2015.

[11] Bündnis 90/Die Grünen: Eigenlob stinkt. Stellungnahme der grünen Bundestagsfraktion vom 19.12.2012, abrufbar unter http://www.gruene-bundestag.de/themen/energie/eigenlob-stinkt_ID_4386874.html, zuletzt abgerufen am 11.6.2012.

[12] Vgl. TAZ: Nachholbedarf bei der Energiewende. In: Die Tageszeitung vom 19.12.2012, S. 8; Vgl. Stratmann, K.: Merkels Energiewende hakt. In: Handelsblatt vom 19.12.2012, S. 10.; ähnlich der Bund der Energieverbraucher, siehe Fn. [14].

[13] Vgl. Ziesing, H.-J.: Monitoring der Energiewende – Ist Deutschland auf dem Zielpfad? In: Brunnengräber, A.; Di Nucci, M. R. (Hrsg.): Im Hürdenlauf zur Energiewende. Von Transformationen, Reformen und Innovationen. Wiesbaden 2014, S. 353-368; vgl. Lamprecht, F.: „Wie viel Ineffizienz können wir uns bei der Erreichung der Energiewende-Oberziele noch leisten?“ Interview mit Prof. Dr. Georg Erdmann. In: „et“ 63. Jg. (2013) Heft 1/2, S. 66-67.

[14] Vgl. Expertenkommission zum Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“: Stellungnahme zum ersten Monitoring-Bericht der Bundesregierung für das Berichtsjahr 2011. Berlin 2012.

[15] BMWi: Zweiter Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“, Berlin 2014, S. 5.

[16] Expertenkommission zum Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“: Stellungnahme zum zweiten

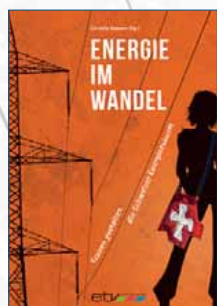
Monitoring-Bericht der Bundesregierung für das Berichtsjahr 2012, Berlin 2014, S. 23; vgl. auch Markewitz, P.; Kuckshinrichs, W.; Hake, J.-F.: Zusätzliches CO₂-Minderungsziel für den Stromsektor bis zum Jahr 2020: Implikationen des „Klimabeitrags“. STE Research-Report 05/2015.

[17] Vgl. hierzu auch Kronenberg, V.; Weckenbrock, C.: Energiewende konkret. Herausforderungen für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Bonn 2014, v. a. S. 21f.

[18] Zur möglichen Problematik durch den Ausstieg aus der Kernenergie vgl. auch Hake, J.-F.; Fischer, W.; Venghaus, S.; Weckenbrock, C.: The German Energiewende. History and status quo. In: Energy 2015, abrufbar unter <http://dx.doi.org/10.1016/j.energy.2015.04.027>, zuletzt abgerufen am 15.6.2015.

[19] Vgl. Expertenkommission zum Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“: Stellungnahme zum ersten Fortschrittsbericht der Bundesregierung für das Berichtsjahr 2013, Berlin 2014.

M. M. Sabel (MA), Institut für Energie- und Klimaforschung, Systemforschung und Technologische Entwicklung (IEK-STE), Jülich; Prof. Dr. V. Kronenberg, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Philosophischen Fakultät Universität Bonn; Prof. J.-F. Hake, Leiter, Institut für Energie- und Klimaforschung, Systemforschung und Technologische Entwicklung (IEK-STE), Jülich iek-ste-sekretariat@fz-juelich.de



Cornelia Kawann (Hg.) **ENERGIE IM WANDEL – Frauen gestalten die Schweizer Energiezukunft**

Energie wird erzeugt, transportiert und gespeichert. Sie wird gehandelt, genutzt, verschwendet, verbraucht, gespart und vernichtet. Wir kommunizieren und produzieren mit ihr. Energie ist ein politisches Thema.

Aber auch eine gesellschaftliche, wirtschaftliche und technische Aufgabe, die nach einem ganzheitlichen Umgang verlangt. Noch immer ist die Energiewirtschaft eine Männerdomäne.

Sie erfordert mit ihrer wachsenden Komplexität jedoch zunehmend die Diversität verschiedener Kompetenzen und Sichtweisen. Diese Diversität gewinnt derzeit an Fahrt und belebt die Branche: Immer mehr Frauen steigen neu in die Energiewirtschaft ein oder belegen dort sogar Spitzenpositionen. Es ist Zeit, der Vielfalt und Ganzheitlichkeit zuliebe einmal die Power-Frauen zu Wort kommen zu lassen: Denn es gibt sie, sogar zahlreich.

Energie im Wandel – eine Aufgabe der Gesamtgesellschaft. Wir alle sind gefordert.

ISBN 978-3-942370-41-7 • 288 Seiten • Preis: 29,- €

Bestellanschrift:

Bitte liefern Sie ___ Exemplare

Energie im Wandel – Frauen gestalten die Schweizer Energiezukunft

je 29,- € (+ Porto) · ISBN 978-3-942370-41-7

Faxen oder per Post an:

etv energieverlag etv Energieverlag GmbH

Postfach 18 53 54 • D - 45203 Essen

Tel.: 0 20 54/95 32-10 • Fax: 0 20 54/95 32-60

Die Bestellung richten Sie bitte an Frau Holz:

silvia.holz@etvessen.de



Beitrag der dem EU-ETS unterworfenen Sektoren zur Erreichung der CO₂-Minderungsziele in der EU und Deutschland

Deutschland hat sich im Rahmen der Klimaschutzbemühungen innerhalb der EU schon früh auf eine Vorreiterrolle festgelegt. Vergleicht man die europäischen und deutschen Treibhausgas (THG)-Minderungsziele für 2030 mit den Anforderungen des Emissions Trading Systems der EU (EU-ETS) unter Berücksichtigung der Vorleistungen zwischen 1990 und 2005 (early action), kommt man zu dem Ergebnis, dass die Vorgaben für die vom Emissionshandel betroffenen Sektoren weiterreichender sind als die auf alle Treibhausgase bezogenen Ziele. Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus ableiten?

Die EU-Kommission hat auf ihrer Internetseite im Juni 2015 eine umfangreiche Datensammlung zum Thema Energie und Treibhausgasemissionen veröffentlicht [1], die als Grundlage für eine Abschätzung der CO₂-Minderung im ETS-Bereich für den Zeitraum 1990 bis 2005 dienen kann (early action). Auf Basis dieser Zahlen lässt sich ermitteln, dass in diesem Zeitraum

- in Deutschland die CO₂-Emissionen des ETS-Bereiches mit -19,7 % stärker zurückgegangen sind als die gesamten CO₂-Emissionen (-15,9 %);
- in der EU28 die CO₂-Emissionen des ETS-Bereiches mit -11,1 % deutlich stärker zurückgegangen sind als die gesamten CO₂-Emissionen (-1,2 %).

CO₂-Minderung der EU-ETS-Sektoren von 1990 bis 2030

Die Europäische Union hat beschlossen, das Emissionsbudget für den EU-ETS-Bereich ausgehend von 2005 um 43 % bis 2030 abzusenken. Berücksichtigt man die early actions im Zeitraum 1990 bis 2005, die in der EU bei 11,1 % und in Deutschland bei 19,7 % liegen, dann bedeutet diese Zielvorgabe, dass die Emissionen der ETS-Sektoren im Rahmen des EU-ETS um annähernd 54 % und in Deutschland aufgrund der erhöhten Vorleistungen um 62,7 % absinken werden (vgl. Abb). Verglichen mit den allgemeinen deutschen THG-Minderungszielen von 55 % ist das ein deutlich überproportionaler Beitrag.

Die EU hat beschlossen, dass die THG-Emissionen bis 2030 um 40 % vermindert werden sollen; Deutschland hat sich ein weiterreichendes nationales Ziel gesetzt und will die THG-Emissionen bis 2030 um 55 % absenken.

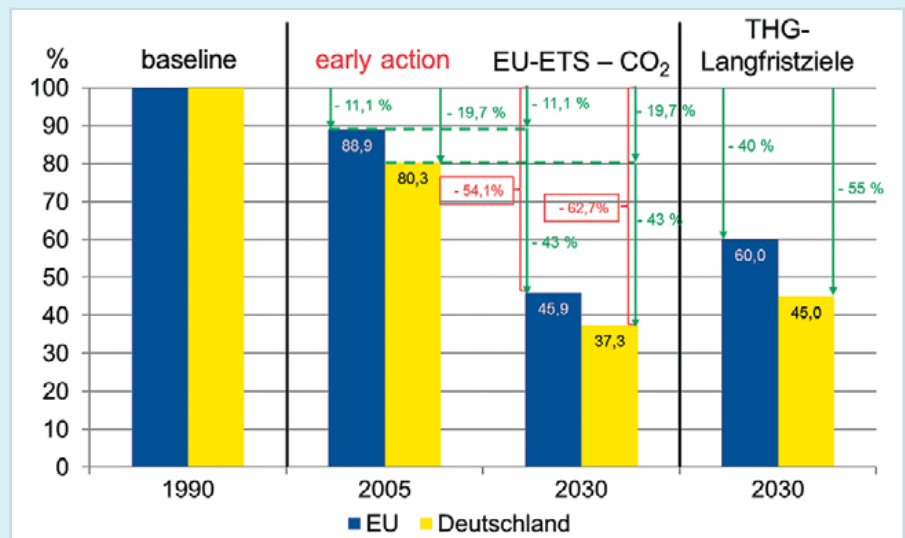


Abb. CO₂-Minderung in den EU-ETS-Sektoren EU und Deutschland

Quelle: DEBRIV

Diese vereinfachte, aber anschauliche Betrachtung zeigt, dass die dem EU-ETS unterworfenen Sektoren in der EU insgesamt überproportionale Beiträge zur Erreichung der THG-Minderungsziele leisten. Für Deutschland gilt das in noch größerem Umfang.

Deutschland kann unter diesen Gegebenheiten auf ein nationales CO₂-Ziel für die Bereiche verzichten, die vom EU-ETS erfasst werden, da unter Berücksichtigung der Vorleistungen die Vorgaben für die ETS-Sektoren weiterreichender sind als die auf alle Treibhausgase bezogenen Ziele.

Schlussfolgerung für den deutschen Klimaschutzplan 2050

Die langfristigen Klimaschutzziele der EU und Deutschlands im Hinblick auf das Jahr 2050 sind mit einer Reduktion um 80 bis 95 % bereits kongruent zueinander.

Auf ein deutsches Ziel für die dem EU-ETS unterworfenen Sektoren zu verzichten, ist demnach sachlich gerechtfertigt. Wären die Ziele auf Ebene der EU harmonisiert, würde das mit dem europäischen Emissionshandel korrespondieren. Das europäische Leitinstrument würde gestärkt, die angestrebte Vorbildfunktion unterstrichen. Zudem wäre damit mehr Planungssicherheit für Anlagenbetreiber gegeben. Der Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung wäre ein geeigneter Rahmen, das klarzustellen.

Anmerkung

[1] www.ec.europa.eu/energy/en/statistics/country abgerufen am 24.7.2015; In der Untergliederung der internationalen Klimaschutzberichterstattung entsprechen die Positionen „Energy Industries“ sowie „Manufacturing Industries and Construction“ im Wesentlichen den ETS-Unternehmen.

„et“-Redaktion